

SED muß Sündenböcke opfern

Keine „Demokratisierung“ ohne Revision des Justizterrors

Fast täglich kommen aus Moskau Nachrichten über weitere Absetzungen stalinistischer Justizfunktionäre und drastische Einschränkungen der bisherigen Vollmachten der Geheimpolizei. Einige Betrachter nehmen dies als Symptom für den Abbau des sowjetischen Terrorapparates. Wahrscheinlicher ist, daß man lediglich die in der Geheimpolizei noch am stärksten geschützten Anhänger Stalins liquidieren will, ehe man einen eigenen, neuen Apparat auf die Beine stellen kann. In der Sowjetzone sind Justiz und Staatssicherheitsdienst im Gegensatz dazu immer das Instrument der Partei geblieben. Keines ist mit Ulbricht persönlich verbunden, beide aber sind durch die von Ulbricht empfangenen Weisungen, die sie als angewandten Terror in die Tat umzusetzen, hoffnungslos kompromittiert. Diese Überlegung bestimmt den Charakter der jetzt bevorstehenden Säuberung im sowjetzonalen Justiz- und Staatssicherheits-Apparat.

In der Sowjetzone geht es lediglich darum, einige Exponenten des Terrors als Sündenböcke zu opfern. Will die SED eine „Demokratisierung“ glaubhaft machen, muß sie wohl oder übel die Benjamin, SSD-Chef Wollweber, Generalstaatsanwalt Meisheimer oder einige höhere SSD- und Justizfunktionäre ihrer Posten entheben. Gegenwärtig wird nur noch die Frage der Taktik diskutiert. Zwei Möglichkeiten hat die SED in Betracht gezogen:

Ein heuchlerischer Plan

1. Man läßt die Benjamin, Meisheimer oder den SSD-Chef amtsentheben unter dem Vorwand, sie hätten „UnGesetzlichkeiten“ der vergangenen Jahre geduldet und sanktioniert.

2. Man stellt eine Reihe SSD- und Justizfunktionäre unter Anklage, entgegen den Weisungen der Ostberliner Ministerien die Zonen-Bevölkerung terrorisiert, die Verfassung gebrochen und der SED „schweren moralischen Schaden“ zugefügt zu haben. In beiden Fällen würde sich nichts ändern an der Art des Systems. Die SED aber könnte dann behaupten, sie habe ehrliche Anstrengungen gemacht, um den Justiz- und SSD-Terror zu unterbinden.

In den letzten Wochen hat sich das SED-Zentralkomitee eine Reihe von Prozeßakten herangeholt, um verschiedene Schauprozesse vor allem gegen Angehörige der Intelligenz zu überprüfen. Es ist anzunehmen, daß bereits in den nächsten Wochen zahlreiche Ingenieure und Betriebsleiter freigelassen werden, die seinerzeit unter der Beschuldigung der Plansabotage standen. So wurde zum Beispiel der Prozeß gegen die Leute vom „Martin-Hoop“-Schacht wieder aufgerollt, nachdem einwandfrei erwiesen wurde, daß ganz andere Ursachen für das damalige schwere Grubenunglück maßgebend waren.

Die neue „Justizreform“

Gleichzeitig werden in aller Stille gewisse Justizreformen vorbereitet, mit denen man Zug um Zug eine Anpassung an die sowjetische Gerichtsbarkeit vorzunehmen gedenkt. Hauptpunkt ist die in allen Volksdemokratien verbreitete Form der Zwangsarbeit. In der Sowjetzone wurden erst kürzlich die „bedingte Strafaussetzung“ und der „öffentliche Tadel“ eingeführt. Als nächstes sind die „Strafverbüßung am Arbeitsplatz“ und die „Bewährungsarbeit unter Aufsicht“ vorgesehen. Das heißt:

Man kann 1956 nicht mehr ungestraft Produktivkräfte in die Zuchthäuser und Gefängnisse stecken, aus denen sie nach ihrer Freilassung nach dem Westen fliehen. Man braucht vielmehr — wie in der Sowjetunion — ständig eine gewisse Zahl von straff kontrollierten und zentralisierten Zwangsarbeitern, mit denen man Projekte wie Trattendorf, das Eisenhüttenkombinat oder den Bau einer neuen Talsperre bewältigen kann.

Umbau des Terrorapparates

Die SED weiß genau, warum sie jetzt einige Hundert politische Häftlinge in Freiheit setzen läßt. Sie baut ihren gesamten Terrorapparat um, ohne daß sie ihn — wie die Sowjetunion — gründlich dezimieren muß. Das „neue“ System ist nach Ansicht der SED wirklich demokratischer. Man wird nicht mehr von der Straße weg verhaften, es wird keine Geheimverfahren mehr geben (Ausnahmen bestätigen die Regel), und der SSD wird einige Privilegien verlieren. Man fühlt sich sicher genug, um den politischen Häftling nicht mehr verbergen zu müssen. Andererseits hat man es leicht, für naive Gemüter das ganze Unrecht der vergangenen Jahre mit einem Schlag durch eine „Säuberung“ unter den eigenen Genossen zu revidieren.

Die ersten Maßnahmen auf diesem Gebiet zeichnen sich schon ab. Sogar das ostdeutsche Fernsehen wagte dieser Tage den ersten schüchternen Witz gegen den SSD. Es wird eindrucklicher Vorstellungen bedürfen, um die SED davon zu überzeugen, daß ein Abbau des Terrorapparates auch optisch mit anderen Maßnahmen verbunden sein muß.

Neuer Streit?

DT. Die Deutschen haben eine unheimliche Fähigkeit, sich um nationale Fragen ersten Ranges, über die andere Völker aus Verstand und Gefühl einer Meinung sind, erbittert zu bekämpfen. Wir brauchen nur die Aufgabe der Wiedervereinigung zu nennen, in der wir hinsichtlich des Zieles zwar alle einig sind, aber um die Methoden erbittert streiten. Das geht so weit, daß sogar die Verdächtigung nicht fehlt, die den guten Willen des politischen Gegners anzweifelt.

Nun haben wir nicht ohne Sorge auch Auseinandersetzungen zur Kenntnis nehmen müssen, die sich mit der Oder-Neiße-Grenze befassen. Den Anlaß hierzu boten einige mißverständliche Ausführungen des Bundesaußenministers von Brentano in einer Londoner Pressekonferenz. Sie erregten einiges Aufsehen in der Welt, auch in Bonn und selbstverständlich bei den Verbänden der Heimatvertriebenen, die scharf protestierten. Was Brentano in London sagte, klang ihnen wie ein neuer, ein resignierender Ton gegenüber dem deutschen Rechtsstandpunkt in der Frage der deutschen Gebiete hinter der Oder-Neiße-Linie. Die Äußerungen Brentanos waren nicht glücklich formuliert; aber was an ihnen nicht glücklich war, das ist inzwischen von ihm in einem Sinne klargestellt worden, der seinen Äußerungen zweifellos von vornherein zugrunde lag. Es kann hier eigentlich kein Mißverständnis geben. Über die völkerrechtliche Lage und die ihr kraß widersprechende tatsächliche Lage sind wir uns alle einig. Wir können auch mit dem Bundesaußenminister einig sein, der seine Haltung vor kurzem in einer vom Auswärtigen Amt veröffentlichten Erklärung eindeutig formulierte. Das ist ein Standpunkt, den jeder annehmen kann, und wer das tut, der handelt im Sinne der deutschen Interessen vernünftiger als andere, die möglicherweise dem Streit um die Wiedervereinigung noch eine Auseinandersetzung um die Oder-Neiße-Linie anfügen möchten. Es gibt hier einige wenige

tischer Art, von denen unsere Haltung bestimmt sein sollte:

1. Die deutsche Ostgrenze wird erst im Friedensvertrag festgelegt. Es gibt bisher keine gültige und keine endgültige Entscheidung der vier Mächte für die Oder-Neiße-Grenze und noch weniger gibt es eine deutsche Zustimmung. Die Unterschrift Pankows hat keine Gültigkeit und ist nicht das Papier wert, auf dem sie steht.

2. Eine gewaltsame, kriegerische Änderung der vertragswidrig eingeführten Oder-Neiße-Grenze lehnt das deutsche Volk ab. Das ist sogar in der Charta der Heimatvertriebenen feierlich verkündet. Eine gesamtdeutsche Regierung wird nach der Wiedervereinigung die gleiche Haltung einnehmen. Die Korrektur des schreienden Unrechts an der Heimat von Millionen Deutschen ist die Aufgabe der Politik und der Diplomatie.

3. Völlig unabhängig von der Frage der Oder-Neiße-Grenze ist die Aufgabe der Wiedervereinigung der deutschen Gebiete, die heute als Bundesrepublik und als sogenannte DDR durch den Eisernen Vorhang voneinander getrennt sind. Wir wissen nicht, wann der abschließende Akt eines Friedensvertrages kommt, in dem auch die endgültige Regelung der deutschen

Ostgrenzen erfolgen muß. Die Frage der staatlichen Wiedervereinigung der Deutschen in der Bundesrepublik und der sogenannten DDR ist uns dagegen heute und täglich gestellt — uns und den für die Wiedervereinigung Deutschlands an erster Stelle verantwortlichen vier Mächten. Diese Gebiete nämlich mußten von ihnen als Einheit und als Ganzes bewahrt und behandelt werden. Die Erfüllung dieser Verpflichtung, um die wir kämpfen, hat nichts mit dem Friedensvertrag zu tun. Die Überwindung und Beseitigung des untragbaren Zustandes der Spaltung ist vielmehr die Voraussetzung für den Friedensvertrag mit einer gesamtdeutschen Regierung, in dem dann auch die deutsche Ostgrenze endgültig bestimmt werden muß.

Der Standpunkt des Bundesaußenministers läßt sich also dahin zusammenfassen: Keine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, kein Handel um sie, keine gewaltsame Korrektur und — Vorrang der Wiedervereinigung vor dem Friedensvertrag vorbehaltenen Regelung der östlichen Grenzfragen. Über diese Grundsätze waren wir uns bisher einig. Wir sollten es auch weiter sein und die Akten über das Londoner Mißverständnis schließen.

Herbert Kluge wieder frei

Westberliner Journalist aus dem Zuchthaus Bautzen entlassen

Berlin (Eigenbericht). Der Berliner Journalist Herbert Kluge, der am 19. Juni 1952 auf einer Fahrt von Westberlin in die Bundesrepublik am Interzonen-Kontrollpunkt Töpen-Juchhöh von der Volkspolizei verhaftet und in Gera wegen angeblicher Boykothetze zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, ist am 5. Mai aus dem Zuchthaus Bautzen entlassen worden. Kluge, der schon während seiner Haft schwer krank war, muß sich sofort zur Behandlung in ein Krankenhaus begeben.

Der Fall Kluge hatte seinerzeit in der gesamten freien Welt großes Aufsehen erregt. Alle Bemühungen, Kluges Freilassung zu erwirken, waren jedoch vergeblich.

Auch der Bundestag hatte gegen das Terrorurteil protestiert.

Anläßlich eines Konzerts des Orchesters des Süddeutschen Rundfunks in Westberlin hat der Intendant dieser Rundfunkanstalt, Dr. Fritz Eberhard, einem Mitarbeiter des TAG über folgenden Vorgang zum Fall Kluge berichtet: Danach hatte Eberhard von dem Zonen-Kultusminister Becher eine Einladung erhalten, zu dem Konzert des Orchesters vom Süddeutschen Rundfunk, das dieser Tage in Leipzig stattfand, ebenfalls nach Leipzig zu kommen. Eberhard lehnte diese Einladung ab. In einem Schreiben an Becher gab er als Begründung die Verhaftung des Korrespondenten vom Süddeutschen Rundfunk, Herbert Kluge, an. Solange sich Kluge noch in sowjetzonaler Haft befinde, sei er nicht in der Lage, eine solche Einladung anzunehmen.

Bundestag fordert Taten von Pankow

Wiederherstellung der Gesetzlichkeit — Freier Reiseverkehr

Bonn (AP/DPA). Der Bundestag wird sich demnächst mit der Frage der politischen Gefangenen in der Sowjetzone und den Schwierigkeiten im innerdeutschen Reiseverkehr befassen. In einer gemeinsamen großen Anfrage der Fraktionen soll zur Sprache gebracht werden, ob die von Pankow in letzter Zeit proklamierte „Verbreitung der Gesetzlichkeit“ tatsächlich verwirklicht wird.

Am Sonnabend beschäftigte sich der Bundestagsausschuß für gesamtdeutsche und Berliner Fragen mit diesen Problemen und nahm die auf der SED-Partei-Konferenz Ende März abgegebenen Erklärungen zur Kenntnis, in denen Verletzungen der Gesetzlichkeit zugegeben und eine stärkere Beachtung der Bürgerrechte in der Zone in Aussicht gestellt worden waren. Der Ausschuß ist der Meinung, daß nicht Worte, sondern allein Taten überzeugen könnten, um eine Veränderung der Lage in der Zone zu beweisen.

Dazu würde u. a. gehören:

1. Eine Revision der Urteile aller politischen Gefangenen und eine umfassende Freilassung.
2. Die Beseitigung der Erschwerungen im Reiseverkehr über die Zonengrenze.

Auch der sozialpolitische Ausschuß des Bundestages behandelte die Frage der Förderung der menschlichen Beziehungen

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichtskarte oder Postkarte mit falschem Absender an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni

Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetzone. Er nahm einstimmig einen SPD-Antrag an, der vorsieht, daß Krankenkassen Besuchern aus der Sowjetzone Krankenpflege einschließlich Krankenhaus-Aufenthalt gewähren sollen. Der Bund

soll den Kassen die dazu erforderlichen Mittel erstatten.

Weiter soll die Bundesregierung beauftragt werden, Verhandlungen zu führen oder Gesetzentwürfe vorzulegen, nach denen Besucher aus der Zone die Möglichkeit haben, bis zu 100 DM Ost im Verhältnis 1 : 1 in Westmark umzutauschen. Bis zur Erreichung dieses Zieles sollen Städte, Kreise und Gemeinden für Besucher aus Mitteleuropa Mittel für Gutscheine auf Waren und Dienste zur Verfügung stellen. Die Leistung des Bundes für den einzelnen Besucher soll nicht unter 10 DM liegen.

Rom: Deutsche Einheit dringlich

Bericht an Bonn über italienisch-französisches Gespräch

Bonn (BPA). In einem Memorandum, das der italienische Botschafter in Bonn, Grazzi, Bundeskanzler Dr. Adenauer überreichen ließ, unterstreicht die italienische Regierung noch einmal die Dringlichkeit der Wiedervereinigung Deutschlands.

Es heißt in dem Memorandum, die italienischen Staatsmänner (Staatspräsident Gronchi und Außenminister Martino) hätten bei den jüngsten italienisch-französischen Besprechungen in Paris „die Aufmerksamkeit der französischen Regierung auf die Gefahr gelenkt, die entstehen würde, wenn die deutsche öffentliche Meinung von gewissen Stellungnahmen oder Orientierungen ableiten könnte, daß man von seiten der Alliierten auf die These der Notwendigkeit und der Dringlichkeit der deutschen Wiedervereinigung verzichtet hat“. Über dieses Thema hätten eingehende Besprechungen mit den leitenden französischen Persönlichkeiten stattgefunden.

In dem Memorandum heißt es weiter: „Auf Grund dieser Besprechungen wurde französischerseits den italienischen Staatsmännern volle Zustimmung gegeben, der Bundesregierung zu bestätigen, daß die französische Regierung — wenn sie auch der Entwicklung und den psychologischen Rückwirkungen der gegenwärtigen Abrüstungs-Verhandlungen große Aufmerksamkeit widmet — keineswegs beabsichtigt, den Grundsatz der effektiven gegen-

seitigen Abhängigkeit zwischen den Fragen der Wiedervereinigung, der Sicherheit und der Abrüstung aufzugeben, obschon sie nicht erachtet, daß ein notwendiger Vorrang eines Problems vor dem anderen besteht.“

Die französische Regierung habe den italienischen Staatsmännern außerdem versichert, sie werde nicht verfehlen, eine von ihnen vorgebrachte Anregung aufmerksam in Betracht zu ziehen. Diese Anregung sei auf die Erlangung der offiziellen und ausdrücklichen Erklärung gerichtet, daß es nicht möglich wäre, in eine zweite Abrüstungs-Verhandlungsphase zu treten, ohne daß die Verpflichtung eingegangen wird, die Frage der Wiedervereinigung gleichzeitig aufzugreifen. Somit sei diese Frage dazu bestimmt, eine wesentliche Bedingung für die weitere Entwicklung der internationalen Entspannung zu bilden.

Mandat bleibt aberkannt

Karlsruhe (AP/DPA). Das Bundesverfassungsgericht hat am Donnerstag die Beschwerde des früheren CDU-Bundestagsabgeordneten Schmidt-Wittmack gegen die Aberkennung seines Bundestagmandates zurückgewiesen. Damit wird die vom Bundestag beschlossene Maßnahme gegen Schmidt-Wittmack, der im August 1954 mit seiner Familie in die Sowjetzone übergetreten war, rechtswirksam.

NATO-Bekanntnis zur Einheit

Wiedervereinigung nötig — Stop für Moskaus Offensive

Paris (Eigenmeldung/DPA). Vom 4. bis 6. Mai haben in Paris die Außenminister der NATO-Staaten getagt. Die Konferenz gewann ihre besondere Bedeutung durch ein entschiedenes Bekenntnis zur Notwendigkeit einer Wiedervereinigung Deutschlands.

In Besprechungen, die Bundesaußenminister von Brentano, der französische Ministerpräsident Mollet und Außenminister Pineau sowie der amerikanische Außenminister Dulles hatten, wurde volle Übereinstimmung erzielt und letzte zwischen Deutschland und Frankreich bestehende Mißverständnisse ausgeräumt. Die Wiedervereinigung soll Zug um Zug mit der Abrüstung erfolgen.

Dieser Erklärung entspricht eine im Abschlußkommunique der Pariser Atlantikrats-Konferenz enthaltene Feststellung, nach der die in der NATO zusammengeschlossenen westlichen Nationen sich nach wie vor für die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit einsetzen wollen. Im Hinblick auf den neuen Kurs der Sowjet-

union wird die Notwendigkeit betont, in der Wachsamkeit nicht nachzulassen und der Beibehaltung der Stärke den Vorrang zu geben.

Die Beschlüsse der Atlantik-Konferenz wurden unterstrichen durch die Erklärung des amerikanischen Außenministers Dulles, daß sich der Westen nie-

mals mit dem Bestreben der Sowjetunion abfinden dürfe, die Teilung Deutschlands auf unbestimmte Zeit bestehen zu lassen. Die Sowjetregierung habe eine moralische Verpflichtung, Deutschland wiederzuvereinen.

Wichtig ist die Einsetzung eines Dreier-Ausschusses, der Vorschläge für eine Erweiterung der NATO-Arbeit vom rein militärischen auf wirtschaftliches und politisches Gebiet prüfen soll. Diese Erweiterung erscheint notwendig, um der politischen und wirtschaftlichen Offensive der Sowjetunion im Nahen und Fernen Osten wirksam begegnen zu können.

Größere Freiheiten für Satellitenstaaten?

Forderungen Edens an die Sowjets — Preis für Koexistenz

London (AP). Britische Regierungskreise haben nach Berichten aus diplomatischer Quelle die — allerdings geringe — Hoffnung, daß die Sowjetunion ihren Satellitenstaaten in Südost- und Osteuropa als Preis für eine echte Koexistenz mit dem Westen größere Freiheiten gewähren könnte. Wie es heißt, hat über diese Frage ein offener Gedankenaustausch zwischen Premierminister Eden und den Sowjetführern Bulganin und Chruschtschow stattgefunden.

In London verlautet außerdem, Eden habe im Verlauf seiner Geheimbesprechungen mit den Sowjets um die Freilassung von über 200 namhaften Politi-

kern und Geistlichen aus kommunistischen Gefängnissen nachgesucht und die Wiederherstellung der religiösen und politischen Freiheit in den Satellitenstaaten angeregt. Ferner soll er freie Wahlen und die ungehinderte Fühlungnahme dieser Länder mit dem Westen gefordert haben.

Zu diesem Fragenkomplex wurden Premierminister Eden am Donnerstag im Unterhaus zahlreiche Fragen gestellt, doch weigerte er sich, die Berichte zu bestätigen oder zu dementieren. Er betonte, daß gewisse Themen seines Meinungsaustausches mit den Sowjets geheim bleiben müßten.

Dringender Appell an Pankow

Berlin (Eigenmeldung). Die im Berliner Arbeitskreis des Kuratoriums Unteilbares Deutschland vertretenen freiheitlichen politischen Parteien haben anläßlich des 8. Mai, der in der Sowjetzone als sogenannter „Tag der Befreiung“ begangen wird, einen Aufruf veröffentlicht. Darin heißt es, daß auch am elften Jahrestag noch immer viele Tausende von Deutschen in den Zuchthäusern und Gefängnissen der sogenannten DDR auf die Freiheit warten.

„Wenn man es im Osten mit der Entspannung ernst meint, dann wäre hier die erste Möglichkeit, einen sichtbaren Beitrag zu leisten, indem man die Menschen freigibt, die nur ihrer politischen Überzeugung wegen seit Jahren eingekerkert sind.“ Dem Aufruf ist — stellvertretend für alle politischen Gefangenen — eine erste gemeinsame Liste mit 34 Namen angehängt,

Stassen rechnet mit Abrüstung

Amerikaner optimistischer als die Engländer

London (AP/DPA). Der Verlauf und der Ausgang der UN-Abrüstungskonferenz in London werden von den Amerikanern optimistischer beurteilt als von den Engländern. Der Leiter der amerikanischen Delegation, Stassen, sagte am Sonnabend, die sechswöchigen Verhandlungen seien der Mühe wert gewesen. Er sprach von einer Annäherung und meinte, es lägen Anzeichen dafür vor, daß im nächsten Jahr ein Erfolg erzielt werden könne.

Daß die Verhandlungen an einem der entscheidenden Punkte, der Frage der Atomwaffen, infolge der sowjetischen Hal-

tung ins Stocken gerieten, führte Stassen darauf zurück, daß die sowjetische Regierung keine Zeit gehabt habe, ihre vor der Konferenz festgelegte Linie dem Konferenzverlauf anzupassen.

In krassem Gegensatz hierzu stehen die Berichte der britischen Zeitungen. Ihre Kommentare gehen nahezu alle von der Annahme aus, daß die Sowjetunion es aufgegeben habe, ein Abrüstungsabkommen zu erzielen, weil sie eine Atom-Armee aufbauen wolle, und daß sie ihre herkömmlichen Streitkräfte ohne „diplomatische Opfer“, wie Regelungen für Deutschland oder Korea, einseitig reduzieren wolle.

So sind sie wirklich:

„Den Freisler ganz gut nachgemacht...“

Er ist ein Mann der großen Pose, dieser „Generalstaatsanwalt der Deutschen Demokratischen Republik“. Er läßt sich mit dem Angeklagten im Verhör an seinem Privatschreibtisch fotografieren. Er imitiert Wyszynski und lernte von Roland Freisler. Er plädiert für Todesurteile, wie andere seiner Berufskollegen für einen Taschendiebstahl plädieren. Die SED hat ihn an die exponierteste Stelle ihrer Exekutive gestellt. Er, der niemals Kommunist gewesen ist, hat sich dieser Aufgabe verschrieben.

Ernst Melsheimer ist kürzlich 59 Jahre alt geworden. Saarländer, aus bürgerlichem Hause, hat er bis 1945 niemals mit den Kommunisten oder ihrer Idee Kontakt genommen. Aus Konjunkturgründen trat er in der Weimarer Republik der SPD bei, die ihm den Aufstieg zum Oberjustizrat im Preußischen Justizministerium erleichterte. Wie gering seine Bindungen zur Sozialdemokratie gewesen sind, ergibt sich allein daraus, daß die Nazis Melsheimer zum Landgerichtsdirektor und später zum Kammergerichtsrat machten. Angeblich war er nicht Mitglied der NSDAP, vieles spricht jedoch dafür. Er gehörte zahlreichen NS-Organisationen — zum Teil in Funktion — an und wurde von Freisler einmal persönlich wegen seiner „besonderen nationalsozialistischen Haltung“ in einem abgetrennten Verfahren belobigt.

Ein „Antifaschist“

Es wird niemals völlig geklärt werden, wie Melsheimer zu jenem profilierten „Antifaschisten“ wurde, als der er 1945 der damaligen KPD seine Dienste offerierte. Als Mitglied der SED stieg er bis zum Vizepräsidenten der ehemaligen sowjetzonalen Justizverwaltung auf. An der Verhaftung seines ehemaligen Chefs, des sozialdemokratischen, zur SED übergetretenen Justizministers Fechner, hat er nicht unwesentlichen Anteil gehabt. Melsheimer hat der SED

ERNST MELSHEIMER



unschätzbare Dienste geleistet. In der Phase der Bodenreform deckte er durch seinen Namen jene Verfügung, laut der sämtliche Grundbücher vernichtet wurden. Nur wenige Grundbücher vermögen heute noch den Umfang der Enteignungen zu beweisen.

Nach Bildung der Zonen-Regierung wurde Melsheimer zum Generalstaatsanwalt der „DDR“ ernannt. In zahllosen Schauprozessen versuchte er, die chaotische Wirtschaftsführung der neuen SED-Ministerien auf angebliche Sabotageaktionen bürgerlicher Industriedirektoren abzuwälzen. Die Ministerprozesse Herwegen, Brundert, Moog, der Schauprozess gegen die Betriebsführung des ehemaligen Solvay-Betriebes in Bernburg und zahllose Rechtsbeugungen gleicher Art interessierten die spätere Justizministerin Benjamin für diesen Mann. Er schien ihr geeignet als Ankläger in den politischen Prozessen der „Agenten-Periode“.

Das ungleiche Paar

So sind die Benjamin und ihr Generalstaatsanwalt ein merkwürdiges Gespann geworden. Die Benjamin: von Haß und Resentiment getriebene, glühende Antifaschistin; Melsheimer: Ein

spißbürgerlicher kleiner Nazi, den nur maßloser Ehrgeiz treibt und die Apokalypse, der er sich verschrieben hat. Man muß solch einen politischen Prozeß miterlebt haben, seine Inszenierung und die mit ihm betriebene Propaganda! Die Benjamin und der Melsheimer spielen sich die Bälle zu, mit einer Virtuosität, bei der man vergessen könnte, daß es um die Köpfe der Angeklagten geht.

Alles ist Rhetorik an diesem Mann, dabei ist diese Rhetorik nicht einmal gekonnt. Im Grunde genommen ist er plump, unsicher. Er schleudert immer wieder die gleichen, polemischen Anklagen von der Tribüne des Staatsanwalts. Aber die geringste Widerspenstigkeit des Angeklagten bringt ihn aus dem Konzept. Melsheimer ist es, der sich den Angeklagten aus der Untersuchungshaft vorführen läßt, sein Vertrauen zu erschleichen versucht, ihm eine geringfügige Gefängnisstrafe in Aussicht stellt und dann dem ihm zum Munde sprechenden Opfer abschließend kaltblütig das Todesurteil verliest. Das ist beste Tradition Moskauer GPU, das ist von Wyszynski gelernt und von Freisler kopiert. . .

Alles muß bezahlt werden

Aber: Jede Karriere dieser Art hat ihren Preis. Alles muß einmal bezahlt werden. Die SED weiß, daß Melsheimer trotz eines Mitgliedsbuches keiner der ihren ist. Der SSD-Posten, der heute Melsheimers Haus in der Pankower Kavallerstraße bewacht, ist bereit, seinen Schützling morgen in neuem Auftrag an Handschellen abzuführen. Es scheint, daß sich Melsheimer darüber klar geworden ist. Seine letzten Plädoyers starrten von Widersprüchen. Er ist unsicher geworden. Die SED läßt ihn zappeln. Er ist keiner von denen, die sich der Strafe durch die Flucht nach Westen zu entziehen vermögen. Hier wie dort erwartet ihn ein Schicksal, das letztlich jedem Unrecht einmal beschieden ist.

Proletarisierung des Mittelstandes

Zehnklassen-Schule schafft neues Bildungsprivileg

60 Prozent aller gegenwärtig an sowjetzonalen Universitäten studierenden Jugendlichen fallen unter den Begriff „Arbeiter- und Bauern-Studenten“. Die SED hat sich vorgenommen, diesen Prozentsatz im neuen Fünf-Jahr-Plan auf 80 : 2 zu steigern. Mittel zur Durchsetzung dieses Zieles ist die unter falscher Flagge segelnde Zehnklassen-Schule. Sie gibt vor, künftig 40 Prozent aller Volksschüler den Besuch einer Mittelschule ermöglichen zu wollen. Die Hälfte davon soll bevorzugt auf neu zu errichtende Fachschulen gelassen werden. Was aber ist der tatsächliche Hintergrund?

Bisher war es den meisten Angehörigen des Mittelstandes möglich, ihre Kinder bei besonderer Begabung auf die Oberschule zu schicken. Nach dem Abitur versuchten viele mit Erfolg, die Immatrikulation auf einer Universität oder Hochschule zu erreichen. Dadurch war es dem Volksbildungsministerium nur schwer möglich, den Prozentsatz „bürgerlicher“ Studenten an den Hochschulen zu senken. Zum anderen wagte man nicht, den Mittelstand durch grundsätzliche Verbannung von den Oberschulen zu verärgern.

Oberschulen erneut gesiebt

Jetzt wird man an den Volksschulen eine geschicktere Auslese treffen. „Arbeiter- und Bauernkinder“ kommen auf die Oberschule, dazu im äußersten Falle Kinder von Angehörigen der Intelligenz. Das Gros der bisherigen Oberschul-Aspiranten aber wird auf die Mittelschule — die man besser „Mittelstandsschule“ nennen sollte — abgedrängt. Hier haben sie die Möglichkeit, sich bestenfalls zum Werksingenieur oder Techniker zu qualifizieren. Keinesfalls aber können sie die geisteswissenschaftlichen Sparten der Universitäten belegen.

Dadurch ist in der Zone ein neues Bildungsprivileg geschaffen worden. Der „Mittelstand“ wird aus dem geistigen und politischen Leben wie aus der Lenkung des Staatsapparates verbannt. Seine Kinder werden entweder „proletarisert“ oder auf die technischen Berufe hin herangebildet. Die Konzentration der Mittelschulen gerade in ländlichen und Industrie-Gebieten zeigt, daß man auch an die Kinder der selbständigen Bauern dachte. Eine geschickte Lenkung der Berufsausbildung wird dafür sorgen, daß die Kinder der selbständigen Bauern in die

Industrie, die des städtischen Mittelstandes auf die ländlichen MTS und LPG abgeschoben werden.

Wer bestimmt den Bildungsweg?

Verfolgt man die jüngste Schulpolitik der SED, kann man feststellen, daß es sich um wohlüberlegte Maßnahmen handelt. Die erste zu Beginn des Jahres erfolgte Umbildung der Elternausschüsse gab der SED die Möglichkeit, „demokratisch“ über die Aufschlüsselung der Ober-, Mittel- und Volksschüler zu entscheiden. In jedem „Elternausschuß“ sitzen heute mehr SED-Mitglieder, „Betriebsdelegierte“ und Abgesandte der FDJ als tatsächlich Eltern der betroffenen Kinder. Diese Ausschüsse urteilen nach absolut ideologischen Gesichtspunkten. Ein begabtes Bürgerkind wird weniger Chancen haben als ein mäßig intelligentes Kind eines

„fortschrittlichen“ Elternpaars. Viele, die ihre Kinder auf den Hochschulen oder zumindest mit dem Abiturzeugnis sehen möchten, werden in diesem Sommer eine große Enttäuschung erleben, wenn erstmals die gelenkte Bildungsauswahl beginnt.

Ein anderer Punkt hat die SED nachdenklich gestimmt. Die Oberschulen waren bisher das Reservoir für das Offizierskorps der Zonen-Armee. Da es sich eingebürgert hatte, „nichtproletarische“ Abiturienten zu rekrutieren, um diese so von den Universitäten fernzuhalten, hat sich die Zahl der „Arbeiter- und Bauern-Offiziere“ in den letzten anderthalb Jahren weitgehend zu Ungunsten der gewünschten Prozentzahl verschoben. Zwar haben diese „bürgerlichen“ Offiziere keine bürgerliche Aufstiegsmöglichkeit, aber sie bestimmen doch noch vielfach das Gesicht der neuen Armee. Auch hier wird sich einiges ändern, wenn die Oberschulen zu Reservaten der Führungsschicht geworden sind. Man möge sich daher nicht täuschen lassen durch die Propaganda um die unter falscher Flagge segelnde „Mittelstandsschule“. Sie ist ein Schritt auf dem Wege zur weiteren Klassen-Umschichtung in der Sowjetzone. Sie sorgt dafür, daß es in der kommenden Generation keinen bürgerlichen Mittelstand mehr geben wird. Zumindest — in den Plänen der SED ...

Abrüstung gescheitert

Londoner Verhandlungen beendet — Westen ist enttäuscht

London (AP/DPA). Die Londoner Verhandlungen des UN-Abrüstungs - Unterausschusses, dem die drei Westmächte, Kanada und die Sowjetunion angehören, sind am Freitag nach siebenwöchiger Dauer beendet worden, nachdem es nicht gelungen ist, die Abrüstungsvorschläge beider Seiten miteinander in Einklang zu bringen. Präsident Eisenhower erklärte in Washington, die westliche Welt sei über die Unwilligkeit der Sowjetunion enttäuscht, ihre Abrüstungspläne den westlichen Vorschlägen für eine kontrollierte Abrüstung anzupassen. Gleichzeitig hat der Westen jedoch

betont, daß er nach wie vor ein Abrüstungsabkommen anstreben werde.

In einer abschließenden Erklärung stellen die vier Westmächte noch einmal die Hauptpunkte der westlichen Abrüstungsvorschläge heraus. Die Westmächte bestehen darauf, daß nur bei gegenseitigem Vertrauen und bei Lösung wichtiger politischer Probleme das Abrüstungsprogramm in Phasen verwirklicht werden kann. Wirksame internationale Kontrolle ist für sie Voraussetzung für jede Abrüstung. In einem begrenzten Gebiet sollten die Methoden für eine wirksame Inspektion der Abrüstung erprobt werden.

Neue Absage an Pankow

Bonn (DPA). Der Grotewohl-Brief zur Saarfrage ist von Bonner Regierungskreisen als ein neuer Versuch „der sogenannten DDR - Regierung“ bezeichnet worden, „sich in das internationale Geschäft einzuschleichen, international existent zu werden und auf diese Weise sich die völkerrechtliche Anerkennung zu erwerben“.

Grotewohl hatte in gleichlautenden Schreiben an Bundeskanzler Dr. Adenauer und an den saarländischen Ministerpräsidenten Dr. Ney gemeinsame Beratungen über die Saarfrage vorgeschlagen.

Die einzige Konsequenz, so wurde in Bonn erklärt, die Grotewohl und Ulbricht aus den Vorgängen der letzten sieben Monate im Saargebiet zu ziehen hätten, wäre die, in der terrorisierten Sowjetzone genauso freie

und kontrollierte Wahlen zu veranstalten, wie sie im Saargebiet stattgefunden haben.

Aachen erwartet Churchill

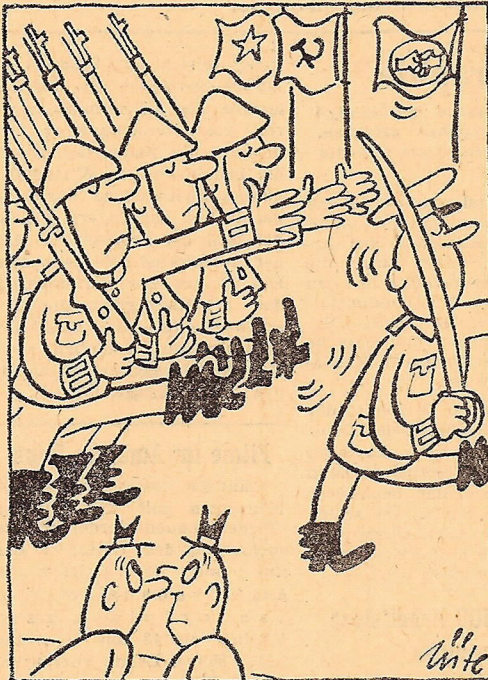
Aachen (DPA). Die Stadt Aachen bereitet sich darauf vor, Sir Winston Churchill am 10. Mai im historischen Rathaus den internationalen Karlspreis der Stadt zu verleihen. Die Auszeichnung wurde dem ehemaligen britischen Premier in Anerkennung seiner Verdienste um die europäische Einigung zuerkannt. Der Bundespräsident, der Bundeskanzler, mehrere Bundesminister und Staatssekretäre, fast das gesamte diplomatische Korps und eine große Anzahl prominenter Gäste aus dem In- und Ausland werden am Himmelfahrtstag in der alten Kaiserstadt sein.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2. Druck: W. Büxenstein, GmbH.

„Volksdemokratisches Volkslied“



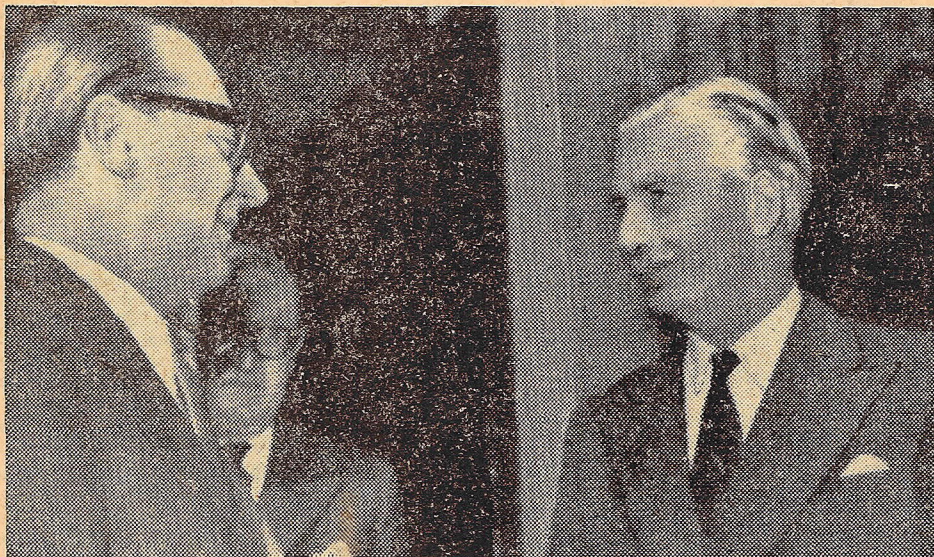
„Der Mai ist gekommen,
die Beine schlagen aus ...!“

In den Papierkorb!

Merkwürdige Briefe gingen von Pankow soeben an Bundeskanzler Adenauer, den saarländischen Ministerpräsidenten Dr. Ney und den französischen Außenminister Pineau. Sie enthalten die Forderung, daß die sogenannte DDR an den deutsch-französischen Saarverhandlungen beteiligt werden müsse und daß zwischen Saarbrücken und Pankow sozusagen diplomatische Vertretungen ausgetauscht werden sollten. Pankow erhebt kurz und bündig den Anspruch, daß in Abwesenheit der kommunistischen Machthaber der Zone eine vertragliche Regelung der Saarfrage nicht erfolgen dürfe.

Von den zahllosen Briefen, die Otto Grotewohl bisher in die Welt verschickte, um eine Rolle vorzutauschen, die ihm nicht zukommt, sind diese Saarbrieve die bei weitem komischsten. Als die Ulbricht, Grotewohl und Dertinger mit der rechts- und vertragswidrigen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze fast die Hälfte des früheren deutschen Reichsgebietes verkauften und verrieten, da kamen sie nicht auf die Idee, daß hier die Bundesrepublik ein Wort mitzusprechen habe. Jetzt, da im Westen das bisher faktisch abgetrennte Saargebiet mit Deutschland wiedervereinigt werden soll — nach freien Wahlen übrigens, die man in Pankow so sehr scheut! —, erheben sie den Anspruch, dabei zu sein.

Das ist eine Groteske, bei der man nicht genau weiß, ob an ihr Dummheit oder Anmaßung den größeren Anteil haben. Wie dem auch sein mag: Diese Briefe wandern am besten in den Papierkorb! Das ist die beste Antwort, die man ihnen gibt.



BRENTANO BEI EDEN ZU GAST. Der britische Premierminister verabschiedet sich nach Abschluß der politischen Besprechungen vor seinem Amtssitz in der Downing Street von dem deutschen Außenminister.

Arbeitslosenzahl fällt rapide

Nürnberg (AP/DPA). Eine ungewöhnlich starke Rückläufigkeit hat die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik erfahren. In der Zeit von Ende März bis Ende April verringerte sich die Zahl der Arbeitslosen um 384 336 auf 634 929.

Damit wurde die Arbeitslosenzahl nach Mitteilung der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung von Ende Juni 1955 mit rund 650 000 bereits im April dieses Jahres unterschritten. In den letzten beiden Monaten zusammen hat sich die Zahl der Arbeitslosen um nahezu 1,2 Millionen verringert. Eine solche rückläufige Bewegung war bisher noch nie zu verzeichnen. Der starke Rückgang beweist nach Ansicht der Bundesanstalt, daß die Zunahme der Arbeitslosigkeit im letzten Winter nur saisonmäßig, keinesfalls aber konjunkturell bedingt war.

Durch die zunehmende Belegung, die vor allem in der Bauwirtschaft und bei deren Zulieferer zu verzeichnen war, ging die Zahl der arbeitslosen Männer um 384 643 auf 317 930 zurück. Die Abnahme der weib-

lichen Arbeitslosen um 35 693 auf 316 999 war geringer. Zum allgemeinen Rückgang der Arbeitslosigkeit trug auch die günstige Entwicklung in den Nahrungs- und Genußmittelindustrien, in der Textil-, Bekleidungs- und Schuhindustrie sowie bei zahlreichen Handwerkszweigen bei.

Einige Sorgen bereitet der Bundesanstalt der in den Sommermonaten zu erwartende Mangel an Arbeitskräften. Man hofft, die Zahl der benötigten Arbeitskräfte durch die stillen Reserven, vor allen Dingen die Frauenreserve auf dem Arbeitsmarkt, decken zu können.

Fast 20 000 Arbeitslose weniger

Berlin (Eigenmeldung). Die Zahl der Arbeitslosen in Westberlin hat sich im April um

19 862 (gleich 14,3 Prozent) auf 119 504 verringert. Bei der Entlastung des Arbeitsmarktes waren, wie bereits im März, auch diesmal die Bauwirtschaft und die bauabhängigen Wirtschaftszweige überwiegend ausschlaggebend, so daß in erster Linie die Zahl der arbeitslosen Männer zurückging. Ferner hatten Einfluß auf die Verminderung der Arbeitslosigkeit die Notstandsarbeiten, die Frühjahrsarbeiten im Gartenbau sowie Neueinstellungen in verschiedenen Wirtschaftszweigen.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Noltenhofplatz gezeigt. Täglich ab 13 Uhr in stündlicher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.